



Die aktuelle Kolumne
vom 17.05.2010

Die Krise der Eurozone...und was sie für die Entwicklungsländer bedeutet

Von Dr. Peter Wolff,
Deutsches Institut für
Entwicklungspolitik (DIE)



Die Krise der Eurozone...und was sie für die Entwicklungsländer bedeutet

Bonn, 17.05.2010. Schon seit geraumer Zeit ist klar, dass die Finanzkrise und ihre Folgen zu allererst ein Problem der OECD-Länder ist. Die Befürchtung, die Entwicklungsländer würden dadurch massiv getroffen, ist nicht im erwarteten Ausmaß eingetreten. Zwar haben viele Entwicklungsländer 2009 Einschnitte beim Wachstum hinnehmen müssen (BIP-Wachstum in Entwicklungsländern 2009: Asien + 6,6 %, Lateinamerika - 1,8 %, Nah- und Mittelost + 2,4 %, Sub-Sahara-Afrika + 2,1 %) und die stark mit dem OECD-Raum verflochtenen Länder haben massive Exporteinbrüche erlebt. Aber insgesamt sind die Entwicklungsländer weder durch die Kapitalmärkte, die sich relativ gut erholt haben, noch durch den Welthandel über das Krisenjahr 2009 hinaus stark beeinträchtigt worden. Sie haben sich als bemerkenswert widerstandsfähig erwiesen, auch weil viele von ihnen die in den „guten Jahren“ gewonnenen finanziellen Spielräume für antizyklische Politiken nutzen konnten.

Aber jetzt kommt, was in der Geschichte der Finanzkrisen häufig der Fall war: Nach der Krise der Märkte kommt die Krise der öffentlichen Haushalte. Und auch sie trifft zunächst die OECD-Länder, die den Zusammenbruch des Finanzsystems durch den Einsatz öffentlicher Mittel verhindern und die Konjunktur stützen mussten. Sie werden einige Jahre brauchen, um sich aus den gewaltigen Budgetdefiziten wieder herauszuarbeiten. Vor allem den alternden Gesellschaften Europas steht möglicherweise eine lange Phase des Sparens und des niedrigen Wachstums bevor. Auch diese zweite Welle der Krise wird für die Weltwirtschaft und damit auch für die Entwicklungsländer weniger kurzfristige als vielmehr langfristige strukturelle Auswirkungen haben.

Die akute Krise der Eurozone hat vor allem eine Konsequenz: Der Euro ist vorerst kein sicherer Hafen mehr, verliert also an Bedeutung als Reservewährung. Die chinesische Zentralbank, die Ihre Reserven seit langem bevorzugt in US-Dollar anlegt, war vorsichtig und hat Euro-Anlagen ohnehin nur zögerlich in ihr Portfolio genommen. Dies wird vorerst auch so bleiben, weil die Auflösung der Eurozone auch auf mittlere Sicht eine ernsthafte Option sein wird, trotz des jüngsten EU-Rettungspakets, das vorerst eine Atempause schafft. Die Suche nach einem zukünftigen Weltwährungssystem, welches ausreichend Stabilität gewährleisten kann, bleibt auf der Agenda. Länder, die den Euro als Ankerwährung nutzen und damit in den vergangenen Jahren Stabilität importieren konnten, werden sich auf Zeiten größerer Instabilität einrichten müssen. Zudem könnte der Euro seine Rolle als zweite Transaktionswährung nach dem US-Dollar allmählich wieder verlieren, wenn z. B. der chinesische Yuan, die Währung des Exportweltmeisters, zunehmend als Transaktionswährung genutzt werden wird.

Für die weltmarktorientierten fortgeschrittenen Entwicklungsländer ist durch die Euro-Krise wieder deutlich geworden, dass sie sich gegenüber den Gefahren schwankender Kapitalflüsse auf den Welt-Finanzmärkten absichern müssen. Die Asiaten haben das schon in der Asienkrise 1997/98 gelernt und entsprechend gehandelt: Durch den Abbau der Schulden, den Aufbau von Währungsreserven und die Einrichtung von Reserve-Swaps und Reserve-Pools (im Rahmen der „Chiang-Mai-Initiative“). Dazu soll jetzt noch – analog zu Europa – ein gemeinsamer Überwachungsmechanismus für die Wirtschaftspolitiken der Mitgliedsländer kommen. Man wird in Asien aber auch wissen, dass es im Krisenfall – wie in Europa – ohne den IWF nicht gehen wird, weil die Disziplinierungsmöglichkeiten und das Finanzvolumen des Währungsfonds im Notfall gebraucht werden.



Für die anderen Entwicklungsregionen, die mit ihren regionalen Währungs Kooperationen noch nicht so weit sind wie Ostasien, ist vor allem Vorsicht geboten: Die Binnen- und Außenschulden müssen in Schach gehalten und die lokalen Finanzmärkte weiter entwickelt werden, um von den internationalen Kapitalmärkten unabhängiger zu werden, was allerdings nicht heißt, sich ihnen gegenüber abzuschließen. Es geht um ein vorsichtiges Management der Kapitalflüsse, nicht um Abschottung.

Es zeichnet sich also kein Bedrohungsszenario für die Entwicklungsländer ab, da außerhalb der OECD nur wenige Länder überschuldet sind oder von Kapitalabflüssen bedroht werden. Die krisenbedingt niedrigen Zinsen in der OECD-Welt werden vielmehr dazu beitragen, dass das vagabundierende Kapital der Finanzmärkte in die Schwellenländer fließt und dort die Aktien- und Immobilienpreise nach oben treibt. Gesucht sind deshalb jetzt Investitionsgelegenheiten in Schwellen- und Entwicklungsländern, die dort zu Produktivitätssteigerungen führen – vor allem auch zur Steigerung der Produktivität des Ressourceneinsatzes im Sinne eines Ressourcen sparenden Wachstums. So bietet die Krise in der OECD-Welt eine Chance für die Schwellen- und Entwicklungsländer, weiter aufzuholen.

Es mangelt dazu, gerade jetzt, nicht an Kapital. Auch schon vor der Krise hätte das Kapital, das von Banken, Versicherungen und Investitionsfonds in letztlich wertlose Subprime-Hypotheken, Lehman-Zertifikate und Griechenland-Anleihen angelegt wurde, in einigen Entwicklungsländern möglicherweise ertragreicher investiert werden können. Die internationalen Entwicklungsbanken haben mittlerweile ihr Kapital allesamt erhöht und reichen ihre zusätzlichen Finanzmittel krisenbedingt zum großen Teil als Budgethilfe aus. Wenn es denn notwendig war, dass die Weltbank Nigeria in der Krise 500 Millionen US-Dollar als zinsgünstigen Budgetkredit gegeben hat, um die Verluste im Bankensektor auszugleichen und die Sozialausgaben zu stabilisieren, dann wird dies zukünftig weder nötig noch sinnvoll sein. Dieses Kapital muss in produktive Investitionen und in den Schutz der natürlichen Ressourcen gelenkt werden. Die Kassen der Entwicklungsbanken sind dafür prall gefüllt und private, staatliche und philanthropische Investitionsfonds warten nur auf Investitionsgelegenheiten in Entwicklungsländern.

Während sich Europa auf einen schwierigen Konsolidierungskurs begibt, dessen Fluchtpunkt derzeit noch ungewiss ist, haben die Entwicklungsländer jetzt die Chance, einen höheren Gang einzulegen, den Vorteil der niedrigen Verschuldung und der jungen Bevölkerung zu nutzen und Investitionen zu ermöglichen, die eine nachhaltigere Kapitalverwertung bedeuten, als das was wir in den vergangenen Jahren erlebt haben.



Dr. Peter Wolff,
Deutsches Institut für Entwicklungspolitik (DIE).